



Baden-Württemberg.de

📅 14.09.2018

KLIMASCHUTZ

Internationale Verpflichtung für klimaneutrale Landesverwaltung unterzeichnet



📷 Staatsministerium Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hat ein internationales Abkommen unterzeichnet, mit dem es sich verpflichtet, alle Gebäude in Verantwortung des Landes bis 2050 klimaneutral zu betreiben. Das gab Umweltminister Franz Untersteller auf dem Global Climate Action Summit in San Francisco bekannt.

Baden-Württemberg beteiligt sich an einer internationalen Initiative des „World Green Building Council“, die dazu beitragen soll, die Treibhausgasemissionen im Gebäudesektor spürbar zu senken. Das gab Umweltminister Franz Untersteller gestern (13.09.2018) auf dem Global Climate Action Summit, GCAS, in San Francisco (Kalifornien) bekannt.

Baden-Württemberg steht zu seiner Verantwortung und Vorbildfunktion

Gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen, Unternehmen, Kommunen und Regionen unterschiedlicher Länder hat Baden-Württemberg deshalb ein Abkommen unterzeichnet, mit dem es sich verpflichtet, alle Gebäude in Verantwortung des Landes bis 2050 klimaneutral zu betreiben. „Dieses Abkommen ist ein Versprechen, als Land in unserem Zuständigkeitsbereich auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten massiv in den Klimaschutz zu investieren“, erklärte Umweltminister Franz Untersteller auf dem Klimaschutzgipfel.

Baden-Württemberg habe zwar die klimaneutrale Landesverwaltung bereits vor einigen Jahren beschlossen, so Untersteller, die Beteiligung an einer internationalen Selbstverpflichtung sei jedoch ein wichtiges Signal weit über die Landesgrenzen hinaus. „Wenn der globale Kampf gegen den Klimawandel Erfolg haben soll, müssen wir Bündnisse schmieden, Allianzen. Wir müssen eine Sogwirkung entfalten und andere durch unser Beispiel anregen“, sagte der Umweltminister.

Minister erläutert bei Podiumsdiskussion Maßnahmen des Landes

Auf einer Podiumsdiskussion mit dem Titel „Building Up to Net Zero Carbon Emissions“ erläuterte Untersteller die Maßnahmen, die Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren bereits ergriffen habe, um die Energieeffizienz in Gebäuden zu erhöhen und den Treibhausgasausstoß zu verringern. Dazu gehören das Klimaschutzgesetz und das Erneuerbare-Wärme-Gesetz, EWärmeG, als ordnungsrechtliche Maßnahmen ebenso wie umfangreiche Beratungs- und Förderangebote. Im Bereich der Landesverwaltung sei es unter anderem durch die verstärkte Nutzung erneuerbarer Energien gelungen, der klimaneutralen Landesverwaltung einen Schritt näher zu kommen. „Wir haben aber noch viel Arbeit vor uns“, sagte Untersteller. Das Land sei aber bereit, sich seiner Verantwortung in diesem Bereich zu stellen und sich an den erklärten Zielen messen zu lassen.

[Umweltministerium: Klimaneutrale Landesverwaltung](#)